

Die öffentliche Thematisierung historischer Debatten folgt der Eigengesetzlichkeit eines Vermittlungssystems

Geschichte als Instrument der Medien

Jürgen Wilke

Obwohl der zeitliche Abstand von der nationalsozialistischen Vergangenheit in Deutschland immer größer wird, erlebt diese in den letzten Jahren in den Medien hier zu Lande eine ungeahnte Konjunktur. Allein 1995, dem Jahr der fünfzigsten Wiederkehr des Kriegsendes, wurden in den deutschen Fernsehprogrammen 450 Sendungen – Wiederholungen eingeschlossen – zu diesem Thema ausgestrahlt. Weitere Fernsehserien sind inzwischen gefolgt, so Serien über „Hitlers Helfer“ und „Hitlers Generäle“. Und hitzige geschichtspolitische Debatten entzündeten sich an dem Buch von Daniel J. Goldhagen und der Wehrmachts-Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Man könnte leicht weitere Beispiele hinzufügen, etwa die Walser-Bubis-Kontroverse oder die jahrelange Debatte um das Berliner Holocaust-Mahnmal. Wie ist dies zu erklären, welche Rolle spielen die Medien dabei und welche Folgen hat dies?

Gewiss liegen Gründe für die mediale Instrumentalisierung der Geschichte auch außerhalb der Medien. Denn offenbar nimmt in unserer Gesellschaft das Bedürfnis nach Geschichte zu. Dahinter lassen sich tieferliegende anthropologische und sozialge-

schichtliche Ursachen vermuten. Mit der Beschleunigung der Veränderungen wächst die Notwendigkeit der historischen Vergewisserung und Kontinuität. Dieser gesellschaftliche Trend ist politisiert worden; daher ist heute von „Geschichtspolitik“, „Vergangenheitspolitik“ oder „Erinnerungspolitik“ die Rede. Diese Begriffsbildungen sind Anzeichen dafür, dass Geschichte, Vergangenheit und Erinnerung zu Gegenständen politischen Handelns und politischer Auseinandersetzung geworden sind.

Mochte es dazu in der frühen Nachkriegszeit noch zahlreiche manifeste Anlässe geben, von denen die Regelungen für die Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter noch ein später Nachklang sind, so handelt es sich heute großenteils um die Schaffung von Symbolen und entsprechend um „Symbolpolitik“. Das heißt, der Zweck der Politik besteht hier nicht in der Herstellung verbindlicher Entscheidungen für das innere und äußere gesellschaftliche Zusammenleben, sondern in der Durchführung symbolkräftiger, auf Zustimmung angelegter Akte, wie Gedenktage, Jubiläen, Denkmäler oder Museen.

Die Massenmedien „reagieren“ zunächst einmal auf diese Geschichts- und Erinne-

rungepolitik, sie machen sie für die Öffentlichkeit wahrnehmbar. Dies ist insoweit der Fall, als sie über Gedenkveranstaltungen gemäß den kalendarischen Riten berichten und der symbolischen Politik Aufmerksamkeit schenken, ja dieser erst den öffentlichen Resonanzraum bieten, in dem sie ihren Sinn erfüllt. Die Medien folgen hier gewissermaßen einer politischen oder gesellschaftlichen Rethematisierung der Zeitgeschichte. Nicht nur in der Politik lässt sich der Hang (und mittlerweile gar Zwang) zur Erinnerung feststellen. Er hat auch Teile der Geschichtswissenschaft und insbesondere der Geschichtsdidaktik erfasst, und zwar dort, wo es den Protagonisten primär auf Gedächtnispflege ankommt und wo die Rekonstruktion der Vergangenheit nicht von dem primären Ziel wissenschaftlicher Korrektheit geleitet ist.

Die Rolle der Massenmedien in geschichtspolitischen Debatten lässt sich jedoch nicht zulänglich mit dem Bild eines Spiegels beschreiben, so als ob sie den Ritualen der Politik und Gesellschaft nur folgten. Es gibt nämlich mehrere Gründe, warum die Medien am geschichtspolitischen Diskurs heute aktiv beteiligt sind und ihn in nicht unerheblichem Maße in der Öffentlichkeit bestimmen. Diese Gründe sind institutioneller, personaler und funktionaler Art und jeweils objektiv oder subjektiv bestimmt.

Zu den erstgenannten ist die Expansion der Medien zu rechnen, die einen zunehmenden Stoff- und Themenbedarf zur Folge hat. Dies gilt in letzter Zeit vor allem für das Fernsehen. Geradezu gefräßig stürzt sich dieses Medium auf alle möglichen Gegenstände, die sich als Programminhalte verwerten lassen. Dazu gehört auch die Zeitgeschichte, sei es dass sie in dokumentarischer Form, sei es als Gegenstand von Diskussionssendungen und Talkshows verarbeitet wird.

Was haben die Medien überhaupt mit geschichtspolitischen Debatten zu tun? Sollen sie sich nicht in Erfüllung ihrer publizistischen Funktionen primär mit dem „jüngsten Gegenwartsgeschehen“ beschäftigen, wie Emil Dovifat, der Berliner Nestor der Zeitungswissenschaft, gesagt hat? Sind die Medien nicht ständig auf der Jagd nach Neuigkeiten und muss ihnen die Geschichte daher nicht eher als abgestanden erscheinen? Es gibt zwei Formen der Aktualität, die in den Medien wirksam sind: einerseits die manifeste Aktualität, die mit wichtigen Ereignissen hier und heute verbunden ist; andererseits gibt es eine Art permanenter, latenter Aktualität, die bestimmten Themen eigen ist. Ein solches Thema stellt in der Bundesrepublik Deutschland die so genannte „Vergangenheitsbewältigung“ dar, und dies nicht erst in letzter Zeit, sondern schon von den frühen Nachkriegsjahren an.

In ihrer Berichterstattung sind die Medien allerdings auf Ereignisse angewiesen; das heißt, solche lang- oder längerfristig latent aktuellen Themen müssen sich in bestimmten konkreten Anlässen manifestieren, damit die Medien „zugreifen“ können. Das kann eine Ausstellung sein, eine Buchpublikation, eine öffentliche Rede, ein Gerichtsverfahren, die Errichtung eines Mahnmals. In diesen Aktualisierungen erfüllt sich dann für die Medien das Erfordernis des Neuen. Die Instrumentalisierung geschichtsphilosophischer Debatten in den Medien ist abhängig vor allem von den journalistischen Selektionskriterien, das heißt von den Ereignismerkmalen, die Journalisten dazu bewegen, über bestimmte Vorgänge zu berichten und über andere nicht. Diese Nachrichtenfaktoren können wiederum den Ereignissen von sich aus eigen sein, sie können ihnen aber auch von den Journalisten zugeschrieben beziehungsweise durch sie betont und

Geschichte als Instrument der Medien

verstärkt werden. Hier ist Platz für einen gewissen journalistischen Voluntarismus. Es ist nun nicht von der Hand zu weisen, dass geschichtspolitische Debatten dann in den Medien Resonanz finden, wenn sie ganz bestimmte Merkmale aufweisen:

Erstens: Neuigkeit bedeutet, dass Abweichungen von der Regel eher Beachtung finden als das, worüber Einigkeit besteht, was gesichertes Wissen ist. So genannte „unorthodoxe“ Auffassungen werden durch erhöhte Aufmerksamkeit belohnt.

Zweitens: Personalisierung bedeutet, dass individuelles Handeln eher wahrgenommen wird und zur Berichterstattung führt als abstrakte Sachverhalte und Strukturen.

Drittens: Simplifizierung bedeutet, dass einfache Thesen eher übermittelt werden als komplexe, die Differenzierungen und Relativierungen benötigen.

Viertens: Bevorzugt registriert werden Kontroversen und Konflikte, berichtet wird also, wenn Streit, Widerspruch, gegensätzliche Positionen vorhanden sind, wenn sich ein Sachverhalt zwischen Befürwortern und Gegnern polarisiert. Das erlaubt eine mediengemäße, publikumsattraktive Dramatisierung.

Fünftens: Voraussetzung ist ferner ein hoher Wertgehalt, wobei Negativität in der Regel eine höhere Beachtungschance hat als etwas Positives. Die ethisch-moralische Dimension weckt Betroffenheit und ruft Emotionen hervor.

**Von der sachlichen
zur moralischen Frage**

An diesen Nachrichtenfaktoren orientieren sich Journalisten in ihrer Berichterstattung, sie sind Bestandteil ihrer professionellen Routine und entfalten ihre Wirksamkeit vor allem, wenn sie in Kombination mitein-

ander auftreten. Das hat für die Inszenierung geschichtspolitischer Debatten weitreichende Konsequenzen. Die Politisierung der Geschichte geht somit wesentlich von den Medien aus, indem sie historische Fachdebatten aus der Sphäre der Experten ins Licht einer größeren Öffentlichkeit ziehen und dabei den Regeln ihres Funktionensystems unterwerfen. Wesentlich ist dabei, dass Sachfragen in moralische Fragen transformiert werden. Nicht auf Richtigkeit der Information und das Expertenwissen kommt es dann an, sondern auf den „richtigen“ Standpunkt. Die Berufung auf „höhere“ Werte eignet sich insbesondere zur Skandalisierung.

Hinsichtlich der personalen und subjektiven Gründe der geschichtspolitischen Instrumentalisierung lassen sich wiederum drei Dimensionen unterscheiden:

Erstens: Die ältere und mittlere Generation der heute tätigen Journalisten haben noch die NS-Zeit, zumindest aber Krieg und Nachkriegszeit als prägende Erfahrungen erlebt. Davon ist bei vielen das berufliche Selbstverständnis geprägt; sie haben die Überzeugung, mit dafür zu sorgen, dass Ähnliches nie wieder passiert. Daraus wird ein entsprechender „Aufklärungsauftrag“ abgeleitet.

Zweitens: In ihrer Berufsmotivation sind deutsche Journalisten generell stark von dem Wunsch beseelt, Kritik an Missständen zu üben, die eigene Meinung zum Ausdruck zu bringen und öffentlichen Einfluss zu erlangen.

Drittens: Die politischen Einstellungen der Journalisten selbst sind Motive der Berichterstattung. Entsprechend der eigenen politischen Tendenz werden bestimmte Ereignisse oder Ereignisaspekte im Sinne einer „instrumentellen Aktualisierung“ betont oder beiseite geschoben. Über die Wehr-

machts-Ausstellung haben die *Frankfurter Rundschau* und die *Süddeutsche Zeitung* befürwortend berichtet, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und der *Münchener Merkur* beispielsweise ablehnend. Auch sonst zu den großen Gedenktagen haben die linksliberalen Blätter die Machtergreifung der Nationalsozialisten intensiver rethematisiert als die *FAZ* und *Die Welt*.

Bei der Instrumentalisierung geschichtspolitischer Debatten sind einzelne Medien und Journalisten nicht isoliert zu betrachten. Wesentlich ist vielmehr die Funktion der „Leitmedien“ im Mediensystem. Diese besonders einflussreichen „Meinungsführermedien“ werden weniger an ihrer tatsächlichen Verbreitung gemessen als daran, dass sie gerade von Journalisten genutzt werden. Dabei wird unterstellt, dass diese als Multiplikatoren fungieren. Gemäß dieser Definition sind eher *Die Zeit* und *Der Spiegel* Leitmedien als der *Rheinische Merkur* oder *Die Welt*.

Für die Instrumentalisierung geschichtspolitischer Debatten ist mithin von besonderer Bedeutung, von welchen Medien sie im Mediensystem ausgeht und getragen wird. Dabei wirken sich Mechanismen aus, die unter den Begriffen der „Selbstreferenzialität“ der Medien und der journalistischen „Koorientierung“ diskutiert werden. Journalisten verfolgen aufmerksam, wie andere Medien berichten und kommentieren, und das bleibt nicht ohne Einfluss auf sie selbst. Und die Medien beziehen sich in ihrer Berichterstattung nicht selten auf die Be-

richterstattung anderer Medien, was zu einem medieninduzierten Themenkreislauf und zu einem ganz bestimmten publizistischen Tenor führen kann.

Die publizistische Debatte entfernt sich dabei leicht von ihrem ursprünglichen Ausgangspunkt, die Folgeveröffentlichungen treten in den Vordergrund, die so genannte „Anschlusskommunikation“ beginnt das Feld zu beherrschen. Dabei darf man auch die mitschwingenden ökonomischen Interessen der Medien nicht übersehen.

Die Inszenierungen geschichtspolitischer Debatten in den Medien haben weit reichende Folgen. Sie verschaffen dem Anlass und Gegenstand der Debatte zunächst einmal größte Aufmerksamkeit. So hat die Berichterstattung der deutschen Presse den Absatz des Goldhagen-Buches ebenso gefördert wie den Besuch der Wehrmachts-Ausstellung. Die Medien bestimmen aber zugleich den Spielraum, in dem sich der geschichtspolitische Diskurs öffentlich bewegt. Sie begünstigen bestimmte Positionen und legitimieren sie. Sie grenzen andere aus oder machen es Gegenstimmen schwer, ebenfalls zu Wort zu gelangen. Eher der Themenverschleiß ist es, der die geschichtspolitische Debatte versiegen lässt. Doch die permanente, latente Aktualität des Themas lässt erwarten, dass es wieder auf die Tagesordnung kommt.

Der Text basiert auf einem Vortrag im Rahmen des Symposiums „Die mediale Instrumentalisierung von Geschichte“ der Konrad-Adenauer-Stiftung am 30. November 1999 in Berlin.